

Liechtensteiner Landeszeitung.

Zweiter Jahrgang.

Baduz, Samstag

Nro. 18.

den 27. August 1864.

Dieses Blatt erscheint monatlich regelmäßig 2mal, nur zur Zeit der Landtagsverhandlungen öfter, und kostet für das Fürstenthum Liechtenstein ganzjährig 1 fl., auswärts 1 fl. 50. — Einrückungsgebühr für die gespaltene Zeile 4 Nkr. — Man bestellt die Zeitung in Baduz bei der Redaktion und in Feldkirch bei der löbl. Wagner'schen Buchhandlung. — Gesetze und Verordnungen, sowie die Landtagsverhandlungen erscheinen in Beilagen, wofür ganzjährig 50 Nkr. ferner zu bezahlen sind.

Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung.)

VI. Bitte des resign. Lehrers Wanger in Schaan um eine jährliche Unterstützung.

Es wird dem Regierungsantrage auf Gewährung einer jährlichen Unterstützung von 80 fl. aus dem Landesschulfonde mit 8—2 Stimmen zugestimmt.

VII. Bitte der Polizeileute Frommelt und Dietrich um Lohnerhöhung auf fl. 292.

Diese beziehen gegenwärtig jährlich fl. 159. 68 nebst einem Montirungsbeitrag von ca. fl. 20, sowie Zustellungsgebühren im Belauf von nahe fl. 80. In Anbetracht, daß für die angeblichen Mehrleistungen im Dienste keine Zeugnisse vorgelegt wurden beschloß der Landtag Uebergang zur Tagesordnung.

VIII. Staatsvoranschlag pro 1865.

Die Ausgaben sind meistens in gleicher Höhe veranschlagt, wie für 1864 (siehe Beilage zu Nr. 9 der Landesztg).

Nur für Bundeszwecke sollen 1800 fl. weniger, für Militär aber 2800 fl. mehr verausgabt werden. Letzteres deshalb, weil 1865 die ganze Mannschaft einberufen werden muß. Für finanzielle Verwaltung entfallen auch 1300 fl. weniger; dagegen sind 1000 fl. zur Schuldentilgung ausgesetzt.

Die Hauptsumme der Einnahmen soll pro 1865 betragen

fl. 32664.77 fr.

Die Hauptsumme der Ausgaben soll

pro 1865 betragen fl. 32341.79 fr.

Der Kassabestand fl. 322.98 fr.

An Schulden werden Ende 1865 noch ca. 2000 fl. verbleiben, wogegen die Kapitalien circa fl. 4000 ausmachen.

Am Schluß des Kommissionsberichts erklärte der Finanzausschuß seine Befriedigung über die Finanzlage des Landes. Diese günstige Lage gestatte es, ohne Störung des Gleichgewichts zwischen Ausgaben und Einnahmen nahezu $\frac{1}{3}$ der sämtlichen Deckungsmittel auf Kulturzwecke zu verwenden, zur Förderung der Landeswohlfaht und zur Hebung der Steuerkraft des Landes.

„Ebensogern spricht der Ausschuß seine Anerkennung aus gegen die f. Regierung, sowohl für die ebenso einfache als lichtvolle Behandlung des Staatsvoranschlages, als auch für die genaue und gewissenhafte Be-

messung der einzelnen Propositionen; dadurch ward dem Ausschusse seine Arbeit im Allgemeinen wesentlich erleichtert, er werde auch in den Stand gesetzt, zu jeder einzelnen projektirten Auslage seine Zustimmung geben zu können.“

In erster Lesung stimmt der Landtag dem ganzen Gesetze einhellig bei.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Rundschau.

Die Friedensverhandlungen mit Dänemark sind noch immer nicht in Fluß gekommen. Unbedeutende Vorwände jeder Art werden von der dänischen Regierung benützt, um den Abschluß des Friedens hinauszuschieben. Natürlich! Dänemark kann nichts mehr verlieren; wohl aber würde ihm der geringste Zwischenfall, irgend eine Spannung, ein Zerwürfniß zwischen den Großmächten, die günstigsten Aussichten verschaffen, dies oder jenes von dem Verlorenen wieder zu gewinnen. Aus diesem Standpunkte muß man auch die zahllosen Gerüchte von französischen und englischen Protesten, Erklärungen u. s. f. betrachten, die alle nur darauf berechnet sind, um die öffentliche Meinung zu verwirren.

Die beiderseitigen Kriegsgefangenen sind bereits ausgewechselt; die von der Insel Sylt geraubten Geiseln kehrten wieder in ihre Heimath, ebenso wie die Schleswiger, welche noch im dänischen Heere dienten. Die Freude der Lande Schleswig-Holstein über ihre Befreiung vom dänischen Joch war eine unendliche. Sie wären lieber preussisch, oder österreichisch oder was immer geworden, als noch länger mit den Dänen vereinigt zu bleiben. Wirklich hat sich auch eine Partei gebildet, welche auf den Anschluß an Preußen hinarbeitet. Die meisten Anhänger findet diese Partei unter dem Adel. Man hat diesen im Verdacht, er sei mit Hrn. v. Bismarck einverstanden zur Beseitigung der 1849er freisinnigen Verfassung. Es verlautet auch schon, die Preußen gedächten sich auf längere Zeit im Lande festzusetzen, so z. B. wurden von ihnen Miethverträge auf 2 Jahre abgeschlossen.

Die Freundschaft zwischen Oestreich und Preußen ist noch im Wachsen. In voriger Woche war der König von Preußen sogar zum Besuche in Wien. Darüber kann man sich nur freuen; aber noch besser wäre es,